

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 55.00, in den Abgabestellen abgeholt Mark 64.00 monatlich. Die abgabestellen Preislisten-Millimeter-Zeile kostet im Oktoberheft Mark 6.00, im monatlichen Vertriebe Mark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Oktoberheft und Mark 25.00 im monatlichen Vertriebe. Anzeigen-Gebühr: zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deutscherstraße 17. Fernsprecher-Bürozentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 34. Druck-Anstalt: „Collegium Halle'sche“. Druck-Veranstaltung: Bauhaus Reichold, Stadler, Halle a. S., Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29815. Einlageort und Geschäfts-Zentrum: Halle a. S. an der Saale. Bezugs-Einstellungen sind bitte nur die zum 20. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

# Das Moratorium bewilligt.

Zustimmung Belgiens. / Der Völkerbund rollt die Reparationsfrage auf. / Frankreich zum ersten Male einverstanden! Die Dardanellen unter der Kontrolle des Völkerbundes!

## Reparationsdebatte in Genf.

Vorsitzende der französischen Delegation.  
Genf, 19. September. Am Ende des heutigen Abendessens des Abfertigungsausschusses wurde plötzlich unter großer Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Währung der Lösung der Reparationsfrage und der internationalen Schulden, die hauptsächlich der wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnet. Unter größter Spannung aller Delegierten erklärte de Jouvenel, daß Frankreich mit einer Ausnahme über diesen Punkt einverstanden sei, und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Lord Cecil's Anregungen ausgearbeitet habe. Damit den anderen Delegationen Zeit zur Stellungnahme ließe, beantragte er, daß er bei der nächsten Sitzung die Debatte eröffne. Weniger als irgend ein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben. Schon bei meinem ersten Auftreten hier in Genf sagte de Jouvenel, was ich darauf hin, daß wir nur zu einem Ergebnis in der Abrüstungsfrage kommen können, wenn die Länder, die im Kriege einzig waren, auch im Frieden einzig bleiben. Der militärische Frieden könne nur die Folge der moralischen Währung sein, wie schon früher Clemenceau sagte: die Folge des intellektuellen Friedens. Wenn wir zu einer Konsolidierung des Friedens gelangen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges liquidiert sein.

Fisher (England) dankte de Jouvenel und stellte eingehende Prüfung seiner Vorschläge in Aussicht. Nachdem Paullet (Belgien) auf das besondere Interesse, das sein Land an der Lösung der Reparationsfrage habe, hingewiesen hatte, ging unter lebhaften Kommentaren der Delegierten, der Pressevertreter und des Publikums der Ausschuß auseinander.  
Seit gestern Abend seien hier schon Gerüchte um, daß die heutige Sitzung eine bedeutende Erklärung bringen würde. Der Antrag Lord Cecil's ist nach allem, was man hört, nach vorherigen eingehenden Besprechungen mit de Jouvenel (Frankreich) formuliert worden, wie auch die französische Delegation erst nach langen Beratungen und Fühlungsprobe mit der Pariser Regierung an die Ausarbeitung ihrer Vorschläge herantrat.

## Kein Vormarsch auf Konstantinopel?

Paris, 19. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Pariser Vertreter der Regierung von Ankara, Ferid Bey, gab dem „New York Herald“ gegenüber folgende Erklärungen ab: Die feindlichen Truppen werden Libanos besetzen und eine neutrale Zone auf dem asiatischen Ufer der Meerengen nicht anerkennen. Dagegen werden sie die Besetzung Konstantinopels und Gallipolis durch die Alliierten hinnehmen. Auf asiatischer Seite können fremde Truppen nicht gebildet werden. Nach Konstantinopel zu marschieren, beschließen wir nicht, und auch nicht die Dardanellen zu überschreiten. Die Freiheit der Meerengen müsse vollständig gewährleistet werden. Nach neueren Meldungen erscheint es aber wieder so, als ob Kemal Pascha eine Besetzung Konstantinopels noch nicht aufgegeben habe. Ebenfalls liegt noch keine offizielle Erklärung über den Bericht auf Konstantinopel vor. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ verbreitet sogar die aufsehenerregende Meldung, daß Mustafa Kemal Pascha den Bewohnern ein Ultimatum gestellt habe, Konstantinopel binnen sechs Tagen zu räumen. Der Korrespondent bescheidet die Lage als äußerst kritisch. Er sagt, daß die feindliche Armee gänzlich nach Norden geschwenkt sei und gegen die Dardanellen und den Bosporus marschiere. Kemal Pascha könne 70 000 Mann ins Gefecht werfen.

## Bewegung gegen den Krieg in England.

London, 20. September. (Eig. Drahtmeldung.) In heftigen politischen Kreisen hält man es für sicher, daß das Parlament einberufen werden wird, falls es zu einem militärischen Konflikt mit den Türken kommen sollte. In den Kreisen der Arbeiterpartei macht sich eine starke Opposition gegen eine militärische Aktion bemerkbar. Der Volksbildungs-ausschuß hat beschlossen, eine Kampagne gegen den Krieg zu eröffnen. Von morgen an sollen in allen größeren Städten Protestversammlungen stattfinden. Es wird außerdem bekanntgegeben, daß der Aktions-ausschuß, der im Jahre 1920 beispielsweise nachdrücklich für, daß die englische Regierung sich dem polnischen Krieg gegen kommunistische Anschläge wieder in Tätigkeit treten werde, wenn die Lage ernst werden sollte.

## Die alliierten Truppen im Orient.

Paris, 20. September. (Eig. Drahtmeldung.) Gegenwärtig stehen an den Dardanellen 16 000 Mann, darunter 4000 französische und 2000 italienische Soldaten. England hat ferner aus Ägypten vom Belagerungs-korps der Kavallerie-regimenter und sieben Infanterie-bataillone sowie eine große Menge Artillerie und Flug-

zeugschiffe nach den Dardanellen beordert. Die militärischen Sachverständigen erklären, daß die Türkei mit der ihr zur Verfügung stehenden Truppenmacht die Meerengen nicht besetzen könne. Die türkische Flotte sei durch eine Beschießung der Flotte vom Lande aus sowie durch Flugzeuge vereitelt worden.

Paris, 20. September. (Eig. Drahtmeldung.) Renier meldet aus Athen, daß die griechische Presse die Entsendung der Verbände nach Thrazien verlange und betone, daß Griechenland einseitig sei, diese Grenze unter allen Umständen zu verteidigen.

## Ein Angebot Kemal Paschas.

Paris, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.) Hasas meldet aus Konstantinopel nach der „Agence“ Paris, daß Mustafa Kemal Pascha die alliierten Behörden gebeten habe, ihm zu erlauben, Thrazien zu besetzen. Er weist auf die Tatsache hin, daß die Frage der Dardanellen später erörtert werden möge unter Beteiligung aller Länder, die am Schwarzen Meere angrenzen. Er betonte weiter, er sei der Ansicht, daß dies im Interesse Frankreichs liege, damit die ottomanische Bevölkerung vor dem Druck, die Verträge auf sie ausüben, dreies werde.

## Die Bewilligung der Ktempagne.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir hören, hat der belgische Minister des Äußeren gestern nachmittag dem deutschen Gesandten in Brüssel, Dr. Kantschke, mitgeteilt, daß die belgische Regierung mit der Garantieleistung der deutschen Schatzwechsel durch die Reichsbank einverstanden ist. Damit ist das sechsmonatige Moratorium für die seit dem 15. August fälligen und nicht geleisteten Reparationsraten von insgesamt 270 Millionen Goldmark bewilligt worden. Die belgische Regierung dürfte sofort nach Eingang der ersten Schatzwechsel die Termine des 15. August und des 15. September für eine entsprechende offizielle Mitteilung der Reparationskommission zumachen lassen. Infolge des internen Abkommens der Reichsbank mit der Bank von England, die statt Belgien die achtsechsmonatige Prolongation der Wechsel auf sich genommen zu haben scheint, dürfte die Reichsregierung in den nächsten Monaten nicht ohne die Kontingente gestellt werden, wie bisher, forcierte Deviseneinkäufe auf dem Markt vorzunehmen. Die Belgier haben ihren alliierten Kollegen von dem Resultat der deutsch-belgischen Verhandlungen Mitteilung gemacht. Es ist anzunehmen, daß die Reparationskommission Belgien zustimmen wird in einer Sitzung, die noch im Laufe dieser Woche abgehalten werden soll.

Paris, 20. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Zempe“ erzählt aus Brüssel, daß die beiden bereits verfallenen Schatzwechsel binnen 48 Stunden in Brüssel eintreffen werden und die Erklärungen des Geschäftsträgers heute noch durch einen offiziellen Brief bestätigt würden. Das Blatt bemerkt, daß die deutschen Schatzwechsel als kaufmännische Wechsel angesehen werden dürfen, so daß, wenn die Reichsbank diese Schatzwechsel am Verfallstage nicht einlösen werde, der kaufmännische Kredit Deutschlands vernichtet wäre.

## 15 000 Mark Wirtschaftsbilhilfe.

Berlin, 20. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Regierung hatte gestern in einer Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu einer Vorbereitungs-sitzung über die Aufhebung der Beschlüsse der Beamten, der Angestellten und Arbeiter der Staatsbetriebe eingeladen. Die Gewerkschaftsvertreter legten dar, daß die Staatsbediensteten vor allem eine einmalige Wirtschaftsbilhilfe erwarten, die sie in den Stand setzen soll, die notwendigen Anschaffungen noch vor dem Winter zu machen. Ueber die Höhe dieser einmaligen Beihilfe liegen noch keine genaue Forderungen vor, doch kam man 15 000 Mark als etwa das Mindestmaß der noch weit auseinandergehenden Forderungen betrachten. Gegenüber der Darlegung der Gewerkschaftsvertreter, daß diese im ersten Augenblick vielleicht noch erscheinende Differenz sehr möglich sei, wenn man sie mit den gegenwärtigen Tarifverträgen oder gar mit dem Gehalt unserer Soldaten vergleiche, gaben die Regierungsvertreter zu bedenken, daß, wenn eine solche Beihilfe an etwa 1 1/2 bis 2 Millionen Staatsbedienstete zur Auszahlung kommen, dies katastrophal auf die Preisentwicklung einwirken müßte.

heutiger Stand des Dollars 1375.

## Demokratische Wirtschaftstagung.

Am 16. und 17. September hat in Weimar die Hauptversammlung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei getagt. Für alle die zahlreich aus allen Teilen des Reiches erschienenen Teilnehmer — 232 Stimmberechtigte — werden diese beiden Tage in dauernder Erinnerung bleiben. Kom doch hier seitens der Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, die sich rückhaltlos zur demokratischen Republik bekennen, ein tief innerliches Bewusstsein der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Volksteile zum Durchbruch, wurde doch hier ein lautes Bekenntnis dafür abgegeben, daß Ziel und Streben alles wirtschaftlichen Handelns erst seine Weite und seinen wesentlichen Inhalt dadurch erhalte, daß es dem staatlichen und kulturellen Fortschritt diene. Geh. Rat Lehmann der Vorsitzende des Reichsausschusses, betonte in seiner Eröffnungsansprache, wie stark die hitzige Beschäftigung des primärwirtschaftlichen Unternehmers ist, wenn er heute in allen den Wirtschaftskreisen sein Recht fordert und darauf bringt, daß die Grundlagen seiner Existenz und seine Wirtschaft: Arbeit, Kapital und Unternehmensethik erhalten bleiben. Der Abg. Dr. Fischer, der zum Schluß der Tagung die Ergebnisse der Referate zusammenstellte, konnte mit Recht die Bedeutung als das Ergebnis und die tiefste wertvolle Gabe dieser Tagung an jeden einzelnen Teilnehmer bezeichnen.

Die besondere Bedeutung der Tagung kam auch dadurch zum Ausdruck, daß zahlreiche Führer des deutschen Wirtschaftslebens sich unter den Teilnehmern befanden. So sah man u. a. Goldstein, Reichard, v. Siemens, Wieland, die Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates, Reichard, Dr. Gumb-Breslau, Dr. Koenig-Frankfurt a. M., Professor Schmelenbach, Bögle-Wannheim, Dr. Heilmann, den Parteivorsitzenden Senator Dr. Peterßen, den badischen Staatspräsidenten Summler, die Finanzminister Reichard (Sachsen) und Dr. Schall (Württemberg) usw. Der Abg. Dr. Fischer-Roth hatte in seinem Referat zum Geschäftsbereich des Ausschusses vorangehelt, daß heute alle unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in ihrer Auswirkung doch beherzigt bestimmt werden von den Fragen der Reparationspolitik und des internationalen Schuldenausgleichs. Wenn es jetzt gelingt, eine Ktempagne zu gewinnen und auf eine Reihe von Monaten hinaus die deutsche Wirtschaft vor dem dauernden Abfließen wertvollster Kräfte in das Ausland der Reparationsverpflichtungen zu bewahren, so müßte die deutsche Wirtschaftspolitik in dieser kurzen Spanne Zeit wirksame Maßnahmen ergreifen, um wieder Ordnung in die Wirtschaft zu bringen und die Lebenshaltung des gesamten Volkes unserer wirtschaftlichen Lage anlaufend einzustellen. Nicht durch unendliches Zitatieren ist Zeit zu vergeuden, sondern praktisch und energisch mit positiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Zeit auszufüllen; das sei die Aufgabe der Industrie. Im einzelnen gab Dr. Fischer einen Ueberblick über die mit dem Problem der inneren Goldentlastung zusammenhängenden Fragen, besprach die vielerörterte Wieder-einführung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges, deutete die Schwierigkeiten der Währungsreform an und forderte insbesondere im Besonderen die Bekämpfung der Geldentwertung als Aufgabe der Staatsebene für das deutsche Wirtschaftsleben als Voraussetzung seiner Gesundung. — Der zweite, für die Hauptversammlung die Grundlage ihrer Ausprache bildende Vortrag von Professor Schmelenbach wies darauf hin, daß Wahrheit und Klarheit wieder in die Wirtschaftskrisen hineingetragen werden muß, wenn auch der Gedanke noch unter schwachen Beeinflussungen leide, doch einen fähigen Bedingungs-faktor erhalten müßte, damit wir für uns selbst und für das Ausland eine klare Erkenntnis über den Ertrag unserer wirtschaftlichen Schaffens erwerben. Er wies auf die Folgen der Geldentwertung im Zusammenhang mit den Schuldverhältnissen hin, besprach die Auslösung und Zermürbung der Position der Kapitalisten, um auf die weiteren sozialen wirtschaftspolitischen und im engeren Sinne produktionspolitischen Gefahren aufmerksam zu machen, die darin liegen, daß durch eine unklare, verschwommene Preispolitik für alle Unternehmungen fall jedes Geschäft zu einer Kräfte- und Substanzvergeude von Seiten des Unternehmungsstandes werde.

Eine sehr lebhafte auch noch die Fruchtstunden des zweiten Verhandlungstages in Anspruch nehmende Aussprache brachte zahlreiche Anregungen aus den Kreisen der Teilnehmer und war ein beachtlicher Beweis für die lebhafteste positive Mitarbeit und für den starken Betätigungswillen, der die Kreise des Reichsausschusses befeuert. Die Tagung wurde mit einer wirtschaftspolitischen Rundung abgeschlossen, zu der auch noch Hunderte von Parteifreunden aus Thüringen als Gäste erschienen. Hier sprach zuerst der Parteivorsitzende Senator Peterßen, der mit warmen Worten die Arbeit des Reichsausschusses für die Gesamtbevölkerung anerkannte und seiner weiteren Entwicklung beständige Wünsche widmete. Er wies darauf hin, wie alles davon abhängig sei, daß die politischen und wirtschaftlichen Kräfte zu harmonischer Zusammenarbeit...

